

Kristina Dietz

Kämpfe um Bergbau und die Möglichkeiten demokratischer Transformation Der Fall La Colosa in Kolumbien

Hohe Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt, fehlende Verwertungsmöglichkeiten für das Kapital, sowie in den 1990er Jahren durchgesetzte neoliberale Reformen im Rohstoffsektor lösten zwischen 2005 und 2013 einen weltweiten Investitionsboom im Bergbau aus (SNL Metals & Mining 2015). Ein Großteil des globalen Kapitaleinsatzes für Bergbau floss in diesem Zeitraum in Länder des Globalen Südens, mehr als ein Drittel nach Lateinamerika (Acquatella 2013). Mit dem Ziel, neue Rohstoffvorkommen zu erschließen und profitabel in Wert zu setzen sowie staatliche Einnahmen aus der Förderung und dem Export zu erhöhen, wurden in der Region Gebiete bergbaulich erschlossen, die bislang als „unproduktiv“ oder für profitable Kapitalverwertungen schwer erschließbar galten (Svampa 2012). Mit der räumlichen Ausdehnung haben auch die sozialen Kämpfe um Rohstoffausbeutung allgemein und um konkrete Bergbauvorhaben zugenommen (vgl. Dietz/Engels 2017; Veltmeyer/Petras 2014; Brand/Dietz 2014). Vor allem industrielle Großminenprojekte sind in den vergangenen Jahren zum Gegenstand von Protesten geworden. An diesen beteiligen sich oftmals breite, klassenübergreifende Allianzen von nicht staatlichen und staatlichen Akteuren. Für die Mobilisierung der Proteste bedienen sie sich einer Vielzahl von mehr oder weniger konfrontativen Strategien. Wachsende Bedeutung erlangen hierbei lokale Bürger_innenentscheide, sogenannte *consultas populares*. *Consultas populares* sind direktdemokratische Verfahren, die entweder obligatorisch – aufgrund einer gesetzlichen oder verfassungsmäßigen Regelung – oder „von unten“ infolge einer Bürger_inneninitiative zustande kommen. Zwischen Juni 2002 und Juli 2017 fanden in sechs Ländern Lateinamerikas (Peru, Argentinien, Guatemala, Kolumbien, Ecuador und El Salvador) insgesamt über 90, meist kommunale Bürger_innenentscheide gegen Bergbau statt. Weitere sind in Planung (Dietz 2017; Walter/Urkiadi 2015)¹. Bei nahezu allen Abstimmungen lag die Wahlbeteiligung bei über 50, meist bei 60 bis 80 Prozent. In fast allen Fällen sprachen

1 vgl. „Cumaral le dijo No a la explotación petrolera“, www.elespectador.com (4.6.2017).

sich mehr als 90 Prozent der Wähler_innen gegen ein bestimmtes Vorhaben oder gegen Bergbau im Allgemeinen aus. Nationale Regierungen und die beteiligten Unternehmen erkennen die Ergebnisse der direktdemokratischen Verfahren häufig nicht an. Sie argumentieren, dass Bergbau ein Sektor von übergeordnetem Interesse sei und über die Nutzung, Ausbeutung und Aneignung von Bodenschätzen der Staat, sprich staatliche Akteure der zuständigen Verwaltungsebenen (etwa das nationale Bergbauministerium) zu entscheiden hätten und nicht die Bevölkerung oder die Gemeinderegierung. Darüber hinaus wird argumentiert, dass die beteiligten Unternehmen mittels der ihnen übertragenen Förderkonzessionen über geschützte Eigentumsrechte zur Ausbeutung der Rohstoffe verfügten. Eine demokratische Mitbestimmung der Bevölkerung über die Förderung von Rohstoffen, die Bedingungen ihrer Aneignung sowie die gesellschaftliche Nutzung etwa von Gold oder Kohle sei damit ausgeschlossen.² Dem widersprechen mittlerweile eine Reihe von Verfassungs- und Verwaltungsgerichtsurteilen, in denen die Rechtmäßigkeit und Verfassungskonformität der direktdemokratischen Abstimmungen zu Bergbau bestätigt wird (vgl. Corte Constitucional de Colombia 2016).

Trotz der Versuche, den Volksabstimmungen die Legitimation zu entziehen, entfalten diese politische Wirkung. In einigen Fällen trugen sie dazu bei, dass geplante Projekte vorläufig gestoppt, zeitlich verzögert, im Projektdesign verändert oder auch ganz verhindert werden konnten. In anderen Fällen haben sie den Gegenstand politisiert und zu einer öffentlichen Auseinandersetzung um Bergbau beigetragen, die es zuvor nicht gab. In Reaktion auf die Abstimmungen kommt es auch zu institutionellen Wandlungsprozessen. In Kolumbien bemüht sich die Regierung gegenwärtig um eine Gesetzesänderung, um die Anwendung von Volksabstimmungen im Rohstoffsektor zu beschränken.³ Im vorliegenden Beitrag widme ich mich der Frage, wie der Einsatz formal verfasster Verfahren der direkten Demokratie in Kämpfen um Bergbau politisch wirkt und welche transformative Wirkung im Sinne einer Demokratisierung des Rohstoffsektors und hieran anknüpfend einer gesellschaftlichen Emanzipation sie entfalten können. Demokratisierung fasse ich als einen Prozess hin zu einer gleichberechtigten Aushandlung der Nutzung von Rohstoffen, d.h. unter Beteiligung aller Mitglieder der Gesellschaft. Emanzipation verstehe ich als kollektive Selbstbestimmung und Freiheit von Herrschaftsverhältnissen. Ersteres stellt meines Erachtens eine zentrale Voraussetzung und notwendige Bedingung für Letzteres dar.

2 „Consulta minera en Cajamarca no tiene la capacidad de cambiar la ley“, www.elespectador.com (27.3.2017).

3 „Las claves del proyecto de modernización de los mecanismos de participación ciudadana Política“, www.elespectador.com (23.8.2017).

Empirisch beziehe ich mich auf den Konflikt um die Goldmine La Colosa in Kolumbien. In diesem haben Protestakteure in drei betroffenen Gemeinden Bürger_innenentscheide initiiert und bisher in zwei erfolgreich durchgeführt. Theoretisch stützt sich die Analyse auf partizipative und materialistische demokratietheoretische Überlegungen (Sauer 2009; Demirović 2009, 1997). Die empirischen Daten der Fallstudie habe ich während mehrwöchiger Forschungsaufenthalte im März und September 2015, Oktober 2016 sowie März 2017 unter Verwendung verschiedener Methoden der qualitativen Sozialforschung erhoben. Hierzu zählen leitfadengestützte Interviews mit Aktivist_innen, NGOs, Regierungs- und Verwaltungsangehörigen auf unterschiedlichen Ebenen des Staates und Unternehmen, teilnehmende Beobachtung sowie Dokumenten- und Presseauswertung.⁴

Der Beitrag ist wie folgt gegliedert: Nach der Darstellung des theoretischen Rahmens und einer Einordnung direktdemokratischer Verfahren im lateinamerikanischen Kontext beschreibe ich das Goldminenprojekt La Colosa und die Mobilisierung lokaler Bürger_innenentscheide in drei von dem Projekt betroffenen Gemeinden. In der folgenden Analyse diskutiere ich die politischen Effekte und transformativen Potenziale direkter Demokratie in Bezug auf gesellschaftliche Emanzipation und die Demokratisierung der Rohstoffpolitik. Im Fazit fasse ich die Potenziale, Grenzen und Ambivalenzen direktdemokratischer Verfahren in Kämpfen um Bergbau zusammen.

1. Demokratietheoretische Überlegungen zu Bürger_innenentscheiden

Die Frage, inwiefern direktdemokratische Verfahren die Beteiligungsdefizite repräsentativer, liberaler Demokratien ausgleichen oder umkehren können, beschäftigt Demokratietheoretiker_innen, Politiker_innen und Aktivist_innen seit Langem. Im Kontext der vor allem in Europa geführten Debatten um die Krise der repräsentativen, liberalen Demokratie ist diese Frage in den letzten Jahren erneut in den Mittelpunkt gerückt, insbesondere weil Forderungen nach mehr direkter Demokratie von links und rechts gleichermaßen gestellt werden (vgl. PROKLA 171; Offe 2003; Heußner/Jung 2009). Direkte Demokratie beschreibt sowohl ein Verfahren als auch eine Form politischer Herrschaft, in der

4 Den Interviewpartner_innen danke ich für ihre Zeit, Unterstützung und ihr Vertrauen, das sie mir während meiner Forschungsaufenthalte entgegen gebracht haben. Darüber hinaus danke ich Bettina Engels, Carla Noever Castelos, Louisa Prause, Hanna Thiesing, Neelke Wagner und Markus Wissen für wertvolle Unterstützungen meiner Forschung und Hinweise zu einer früheren Fassung des Textes.

die Mitglieder einer politischen Gemeinschaft (häufig als „Volk“ bezeichnet) über politische Fragen unmittelbar und verbindlich entscheiden. Wahlberechtigte können in direktdemokratischen Abstimmungen Gesetzesinitiativen einbringen oder über Entscheidungen der Legislative abstimmen. Letzteres bietet, über die reine Mitgestaltung hinaus, Möglichkeiten des Widerspruchs und der Blockade von Regierungspolitik (vgl. Abromeit 2003; Oppenhäuser 2013: 292). Im vorliegenden Text geht es um Bürger_innenentscheide zu Bergbauvorhaben, die „von oben“ oder „von unten“ zustande kommen. „Von unten“ bedeutet, dass die Bürger_innen – etwa einer Gemeinde – die Abstimmung verlangen. Dieses Verfahren ist meist zweistufig geregelt: Eine Mindestzahl an Stimmberechtigten muss eine Forderung unterschreiben (Volksbegehren oder Initiative), damit sie darüber direkt abstimmen können (Volksentscheid). Die direkte Entscheidung der Bürger_innen ersetzt dann – theoretisch – eine Entscheidung des Parlaments oder des Gemeinderats und ist je nach gesetzlicher Regelung für die Exekutive bindend. „Von oben“ können das Parlament oder das Staatsoberhaupt, auf kommunaler Ebene die_der Bürgermeister_in oder Gemeinderat, Bürger_innenentscheide, meist auf Druck der Bevölkerung, initiieren. Sie setzen die Abstimmungsfrage und den Termin fest (vgl. Wagner/Dietz 2017).

Inwiefern direkte Demokratie jenseits von Widerspruch und Blockade demokratisierende Wirkungen entfalten kann, wird kontrovers diskutiert. Einige Autor_innen betonen, dass direktdemokratische Verfahren voraussetzungsvolle Prozesse seien, die von Protestakteuren ein hohes Maß an Ressourcen und Zeit erfordern und die Beteiligung deshalb sozial selektiv sei. Vor allem den höher Gebildeten und finanziell besser gestellten Teilen der Bevölkerung gelinge es, sich aktiv an der Initiierung und Abstimmung zu beteiligen. Mit einem Festhalten an der formalen Definition des Volkssouveräns blieben darüber hinaus all jene von der Abstimmung ausgeschlossen, die aus welchen Gründen auch immer kein Wahlrecht besitzen (Demirović 2009). Des Weiteren seien Volksentscheide im Grunde „undemokratisch“, da sich verhältnismäßig wenig Wahlberechtigte an den Verfahren beteiligen, komplexe Sachverhalte vereinfacht und Populismus befördert würden (Merkel 2011; Oppenhäuser 2013; Schmidt 2006). Andere erkennen die genannten Grenzen der Verfahren direkter Demokratie an, betonen aber, dass mit ihnen bestehende Strukturen zwar nicht grundlegend umgestaltet, jedoch einzelne Strukturelemente wirkungsvoll verändert werden könnten (Möckli 1994). Direktdemokratische Verfahren böten insbesondere gesellschaftlich marginalisierten Gruppen partizipatorische Chancen, um Beteiligungsmöglichkeiten zu erweitern, Themen auf die politische Agenda zu setzen und Wertentscheidungen zu politisieren (z.B. Umwelt- oder Geschlechterfragen) (ebd.; Holland-Cunz 1998). Eine solche Argumentation basiert auf Annahmen partizipativer Demokratietheorien. Ihnen liegt ein Begriff von Demokratie als

politischer und gesellschaftlicher Gestaltungsraum zugrunde, an dem sich alle beteiligen. Sie fokussieren die Input-Seite des politischen Systems, d.h. wie politische Entscheidungen zustande kommen. Partizipation (Selbst- und Mitbestimmung) ist aus dieser Perspektive ein konstitutives Element von Demokratie. Ziele der Partizipation sind nicht die Systemstabilität und Legitimierung von Regierungspolitik. Stattdessen geht es in einem normativen Sinne um Partizipation am politischen Gemeinwesen per se. Eine notwendige Voraussetzung für Partizipation in diesem Sinne ist, Räume der politischen Beteiligung aktiv schaffen zu können (vgl. Pateman 1970; Vilmar 1973; Walk 2008). Vor diesem Hintergrund argumentiert Birgit Sauer (2002), dass das entscheidende Moment für die politische Wirkung direktdemokratischer Verfahren nicht die Abstimmung an sich sei, sondern der Mobilisierungsprozess im Vorfeld. Bei diesem könnten neue politische Allianzen und Bewusstseinsbildungsprozesse entstehen sowie sich ein öffentlicher Raum für Diskussionen öffnen, in dem soziale Bewegungen Forderungen formulieren und Probleme thematisieren könnten, die ansonsten im „etablierten Politiksystem nicht aufgegriffen werden“ (ebd.: 63). Wenn Mobilisierungen für direktdemokratische Verfahren jedoch nie zu einer Abstimmung führen, kann dies auch gegenteilige Effekte wie Entmutigungen, Brüche in strategischen Allianzen oder eine Abkehr von öffentlichen Debatten auslösen.

Die Argumentation von Birgit Sauer knüpft an republikanische Demokratietheorien an (Arendt 2016; vgl. Demirović 2009: 5). Die Revitalisierung der politischen Öffentlichkeit mittels Teilhabe stellt aus dieser Sicht ein entscheidendes Moment der Emanzipation dar.

Aus der Sicht materialistischer Demokratietheoretiker_innen kann es Emanzipation, im Sinne umfassender Freiheit, in Klassengesellschaften und unter Bedingungen liberaler Demokratie hingegen nicht geben (vgl. Macpherson 1977; Demirović 2009, 2013; Buckel 2017). Emanzipation erfordere die Überwindung kapitalistischer Eigentums- und die Abschaffung von Ausbeutungsverhältnissen, d.h. die Ausdehnung der kollektiven Selbstbestimmung auf alle Lebensbereiche, auch auf den der Ökonomie. Crawford Brough Macpherson (1977) betont, dass freie und individuelle Entfaltung – er spricht in diesem Zusammenhang von *developmental power* – und gleiche Beteiligung nur möglich seien, wenn alle gleichermaßen zu den hierfür nötigen Arbeits- und Produktionsmitteln Zugang haben (ebd.: 10). Diese sind in kapitalistischen Gesellschaften jedoch ungleich verteilt, worin sich Verhältnisse von Ausbeutung (von Arbeitskraft, Natur etc.) und die ungleiche Verteilung von Macht begründen – Macpherson spricht hier von *extractive power*. Politische Gleichheit und Emanzipation lassen sich unter diesen Bedingungen nur in einem sehr eingeschränkten Maß erreichen. In diesem Sinne betont Alex Demirović (2013), dass in liberalen Demokratien und unter Bedingungen formaler Gleichheit, die Kapitalverwertung und die Garantie der

Nutzenmaximierung (wirtschaftlicher Erfolge einzelner) die bestimmenden Momente des „demokratischen Kompromisses“ (ebd.: 201) darstellen. Eine weitergehende Demokratisierung von Lebensverhältnissen oder wirtschaftlichen Bereichen sei nicht vorgesehen und werde aktiv verhindert. Allerdings kommt es auch unter liberaldemokratischen Bedingungen immer wieder zu Verschiebungen in Richtung Demokratisierung und Emanzipation. Wie weitreichend und nachhaltig diese sind bzw. sein können, ist davon abhängig, welche Akteure wie dafür kämpfen und wie diejenigen reagieren, die eine solche Verschiebung verhindern wollen. An dieser Stelle setzt meine Analyse zu lokalen Volksabstimmungen gegen Bergbau in Kolumbien an. Mit ihr möchte ich einen Beitrag zu der Frage leisten, inwieweit direktdemokratische Verfahren unter kapitalistischen Bedingungen diese Bedingungen sowie die engen Grenzen kapitalistisch-liberaldemokratischer Demokratie transzendieren können.

2. Doppelte Transformation und direkte Demokratie

Protestakteure, die in Lateinamerika für Bürger_innenentscheide zu Bergbau mobilisieren, initiieren die Abstimmungen häufig unter Bezugnahme auf soziale, politische und kulturelle Rechte, die ihnen im Kontext der sogenannten doppelten Transformation formal gewährt wurden. Doppelte Transformation beschreibt den simultanen Prozess politischer Demokratisierung und neoliberaler Restrukturierung in den 1980er und 1990er Jahren in Lateinamerika. Parallel zum Übergang autokratischer Regime in repräsentative Demokratien und der Verabschiedung neuer republikanischer Verfassungen erlebte die Region einen neoliberalen Strukturwandel, der mit wachsender Armut, Ungleichheit und Exklusion einherging (Wolff 2012: 79). Die demokratischen Regime, die sich in dieser Phase etabliert haben, lassen sich bis heute mehrheitlich als *formale* Demokratien beschreiben. Das bedeutet, dass vor dem Hintergrund von Dezentralisierung, Gewaltenteilung und der Anerkennung staatsbürgerschaftlicher Rechte formale politisch-institutionelle Zugangsmöglichkeiten zu Entscheidungen auf unterschiedlichen Maßstabsebenen (lokal, regional, national) existieren. Faktisch verhindern jedoch historisch verankerte, rigide Hierarchien von Klasse, *race* und Geschlecht sowie eine im Zuge des Rohstoffbooms wachsende Konzentration politisch-ökonomischer Macht auf zentralstaatlicher Ebene und in den Händen der Rohstoffkonzerne, dass insbesondere die ländliche Mehrheitsbevölkerung (Kleinbäuer_innen, afro-lateinamerikanische und indigene Gruppen) die formal verfassten Rechte in Anspruch nehmen kann (Alvarez u.a. 2004: 41).

In der Phase der doppelten Transformation und den darauffolgenden Jahren wurden in einer Vielzahl lateinamerikanischer Staaten direktdemokratische

Verfahren in nationale oder regionale Verfassungen, Partizipations- und Gemeindegesetzgebungen aufgenommen (Welp 2008). Die Implementierung dieser Verfahren hat auch die Protestmobilisierung gegen Bergbau in Kolumbien beeinflusst. *Consultas populares* sind in der kolumbianischen Verfassung von 1991 verankert. Ihre Anwendung ist im nationalen Partizipationsgesetz (Ley 134) von 1994 (Art. 50-57) geregelt. Darüber hinaus ermöglicht das Gemeindegesetz (Ley 136) von 1994 (Art. 33), das den Gemeinden eine weitreichende politische Autonomie gegenüber den Provinzen und der Nationalregierung einräumt, die Durchführung von Bürger_innenabstimmungen bei bestimmten, die Landnutzung betreffenden Entwicklungsprojekten (u.a. Bergbau). Bis Juli 2015 konnten nur Bürgermeister_innen lokale Volksentscheide „von oben“ initiieren. Die Regierung reagierte auf jahrelange öffentliche Kritik an der gesetzlichen Regelung zur Anwendung der in der Verfassung verankerten direktdemokratischen Verfahren (Hurtado Mosquera/Hinestroza Cuesta 2016), verabschiedete im Juli 2015 ein neues Gesetz (Ley 1757) und öffnete sozialen Bewegungen die Möglichkeit, *consultas* „von unten“ zu initiieren. Auch Initiativen für Volksentscheide „von unten“ müssen stets den Gemeinderat passieren. Dieser entscheidet in einfacher Mehrheit, ob eine *consulta* in einem Gemeindegebiet organisiert werden soll. Lokale Volksabstimmungen sind formal gültig, wenn sich mindestens 33 Prozent der Wahlberechtigten beteiligen. Ihre Ergebnisse sind für lokale Regierungen bindend und müssen mittels einer Gemeindeverordnung umgesetzt werden.

3. Der Protest gegen die Goldmine La Colosa in Kolumbien

Im Jahr 2006 erhielt das südafrikanische Unternehmen AngloGold Ashanti (AGA) Konzessionen zur Förderung von Gold auf dem Gebiet der Gemeinde Cajamarca in der kolumbianischen Provinz Tolima. Mit geschätzten Goldreserven von über 30 Millionen Unzen würde das Projekt mit dem Namen La Colosa zu einer der größten Goldminen weltweit zählen (AngloGold Ashanti 2015). Seit das Projekt 2007 bekannt wurde, organisieren sich unterschiedliche Akteure in Cajamarca und den Nachbargemeinden Ibagué und Piedras in lokalen Umweltausschüssen und mobilisieren gegen das Projekt. In den Ausschüssen sind Anwohner_innen, Umwelt-NGOs, Kleinbäuer_innen, Jugend- und Studierendenorganisationen, Unternehmer_innen und auch Großgrundbesitzer_innen vertreten. Im Jahr 2011 schlossen sie sich auf Provinzebene zum „Umweltausschuss zum Schutz des Lebens“ (*Comité Ambiental en Defensa de la Vida*) zusammen. Die Gegner_innen des Bergbauprojektes befürchten, dass es ihr Wasser vergiften und damit den Kleinbäuer_innen und den Reisproduzent_innen – in der Gegend verdienen einige Großgrundbesitzer mit monokulturellem Reisanbau ihr Geld –

ihre Lebensgrundlage nehmen könnte.⁵ Außerdem fordern sie grundsätzlich ihr Recht ein, bei lokalen und regionalen Entwicklungsprozessen mitentscheiden zu dürfen, besonders, wenn es um die Aneignung und Nutzung von Gemeingütern und Bodenschätzen geht.⁶

Seit 2011 mobilisieren die Komitees zu jährlichen überregionalen Protestmärschen – sogenannten *marchas carnavales* –, an denen 2015 bis 2017 jeweils mehr als 60.000 Menschen teilnahmen. Unter Bezugnahme auf die Verfassung von 1991 sowie die politischen Beteiligungs- und territoriale Selbstbestimmungsrechte, wie sie im Gemeindegesetz von 1994 verankert sind, mobilisieren die Protestakteure seit 2013 auch zur Durchführung lokaler Bürger_innenentscheide.

Die erste *consulta popular* zur Mine La Colosa fand am 28. Juli 2013 in der Gemeinde Piedras statt. Hier sollte ein Rückhaltebecken für die Entsorgung giftiger Abwässer entstehen, das per Tunnel mit der rund 80 Kilometer entfernten Mine verbunden werden sollte. Ein halbes Jahr zuvor hatten Anwohner_innen die einzige Zufahrt zum Dorf und den Erkundungsflächen blockiert und so das Bergbauunternehmen am Zugang gehindert. Die Blockade dauerte mehrere Wochen und wurde schließlich von der nationalen „Aufstandsbekämpfungsbrigade“ (*Escuadrones Móviles Antidisturbios*, ESMAD) beendet. Im Schatten der Blockade organisierten sich Anwohner_innen gemeinsam mit den zum Teil außerhalb von Piedras lebenden Reisproduzent_innen und mobilisierten für eine *consulta popular*. Unterstützung erhielten sie hierbei von nationalen NGOs und den Umweltkomitees aus Cajamarca und Ibagué sowie von PAX, einer (inter-)nationalen Menschenrechtsorganisation. Der Bürgermeister präsentierte dem Gemeinderat schließlich die Initiative. Dieser stimmte der Initiative zu, der Termin für die *consulta* wurde auf den 28. Juli 2013 festgelegt. 58 Prozent der Wahlberechtigten von Piedras beteiligten sich an der Abstimmung, 98,8 Prozent stimmten gegen Bergbau. Obwohl die nationale Regierung und das Unternehmen die Abstimmung mit der Begründung, Bergbaugenehmigungen würden auf nationaler, nicht auf lokaler Ebene erteilt nicht anerkannten, reagierte das Unternehmen und änderte seine Projektpläne: Alle Bereiche der Goldförderung (Abbau, Weiterverarbeitung und Entsorgung) sollten nun im Gemeindegebiet von Cajamarca angesiedelt werden (PAX 2016).

Aufbauend auf diesem Erfolg entschieden sich die Umweltkomitees von Cajamarca und Ibagué 2014, *consultas* in ihren Gemeinden zu organisieren. In Ibagué

5 Interviews mit Großgrundbesitzer in Piedras, 4.9.2015; Umwelt-NGO in Cajamarca, 17.10.2016; Vertreter einer Kleinbäuer_innenorganisation in Cajamarca, 19.10.2016.

6 Interviews mit einem Mitglied des Umweltkomitee von Ibagué, 7.10.2016; dem Bürgermeister von Ibagué, 19.10.2016.

scheiterte die erste Initiative an der fehlenden Unterstützung durch den damals regierenden Bürgermeister.

In Cajamarca lehnte der Gemeinderat im Februar 2015 mit zehn zu eins Stimmen einen Bürger_innenentscheid über die Mine ab. Mitglieder des Umweltschuttkomitees vermuten, dass sich die Ratsmitglieder vom Minenbetreiber einschüchtern ließen. Der hatte ihnen im Dezember 2014 per Brief angedroht, sich aus allen laufenden lokalen Entwicklungsfinanzierungen zurückzuziehen, sollte es zu einer Volksabstimmung kommen. Druck kam auch von der nationalen *procuraduría* (eine Art staatliche Verwaltungskontrollstelle), die für den Fall einer *consulta* ein Amtsmissbrauchsverfahren ankündigte, da der Gemeinderat für Bergbaufragen nicht zuständig sei (Arenas 2015).

Einige Monate später bekamen die Protestgruppen in beiden Gemeinden Gelegenheit für einen zweiten Anlauf. In Ibagué wurde Guillermo Alfonso Jaramillo im Herbst 2015 zum neuen Bürgermeister gewählt, der die Proteste gegen Bergbau unterstützt. Am 4. Januar 2016 kündigte er eine Volksabstimmung zu Bergbau in Ibagué an, der Termin wurde für den 30. Oktober 2016 festgelegt. Für die Mobilisierung organisierte sich das lokale Umweltschuttkomitee in Stadtteilgruppen. Diese trafen sich in privaten Innenhöfen und Schulen, gingen von Haus zu Haus, von Schule zu Schule, um für die Wahl zu mobilisieren. Kirchengruppen schlossen sich an, um in ihren Gemeinden über die Abstimmung zu informieren. Knapp zwei Wochen vor der Abstimmung und in der Hochphase der Mobilisierung ordnete das oberste Verwaltungsgericht (*Consejo de Estado*) die Aussetzung der *consulta* an. Vor dem Gericht hatten Mitglieder einer Bergarbeiter_innenvereinigung auf ihr Grundrecht auf Arbeit, das sie durch die geplante Abstimmung bedroht sahen, geklagt. Im Dezember 2016 entschied das Gericht, dass die *consulta* in Ibagué durchgeführt werden könne, wenn die zur Abstimmung gestellte Frage neu formuliert würde. Ob und wann es zur Abstimmung kommt, ist bisher unklar.

Die Bergbaueegner_innen in Cajamarca, der Gemeinde, in der sich das Minenprojekt befindet, erhielten durch die Verabschiedung des Gesetzes 1757 im Juli 2015 zur Regelung von Volksentscheiden, die „von unten“ initiiert werden, eine neue Gelegenheit. Für die Initiierung eines Volksentscheids gründeten die Aktivist_innen einen Rat zur Förderung des Volksentscheids (*Consejo promotor consulta popular*). Mindestens zehn Prozent der Wahlberechtigten mussten die Initiative per Unterschrift unterstützen. Für Cajamarca bedeutete dies, innerhalb von sechs Monaten 1.608 gültige Unterschriften zu sammeln. Binnen zwei Wochen lagen 4.800 Unterschriften vor, 3.364 davon wurden vom Wahlamt als gültig anerkannt. Ende August 2016 stimmte der Gemeinderat der Durchführung einer *consulta* zu. Nach langen Querelen um den Termin, einer zwischenzeitlichen Aussetzung der *consulta* durch das oberste Verwaltungsgericht aufgrund

von Klagen des Unternehmens kam es am 26. März 2017 zur Abstimmung. Die Bevölkerung Cajamarcas ist in der Frage des Bergbauprojektes gespalten. Den Gegner_innen gelang es nicht, trotz wiederholter öffentlicher Gesprächsangebote, die Befürworter_innen zu einem Dialog zu bewegen. Diese organisierten sich stattdessen selbst, gründeten ein Komitee zum Wahlboykott und riefen die Bevölkerung dazu auf, am Tag der Wahl an einem organisierten Ausflug teilzunehmen oder schlichtweg zu Hause zu bleiben. Aktivist_innen, die zur Wahl mobilisiert hatten, erhielten noch in der Nacht vor der Wahl Drohungen vom Unbekannten auf ihre Mobiltelefone. Trotz dieser Widrigkeiten lag die Wahlbeteiligung mit 38,6 Prozent über dem zu erreichenden Quorum (33 Prozent). Die *consulta* ist damit gültig. 97,92 Prozent der Beteiligten sprachen sich gegen Bergbauprojekte in Cajamarca aus (Registraduría Nacional del Estado Civil 2017).

4. Volksabstimmungen zu Bergbau und ihre Potenziale demokratischer Transformation

Welche politische Bedeutung haben Volksabstimmungen hinsichtlich der Demokratisierung des Rohstoffsektors und welches emanzipatorische Potenzial geht von ihnen aus? Der zentrale Ausgangspunkt der Mobilisierung von Bürger_innenentscheiden gegen Bergbau in Tolima ist das spannungsgeladene Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie, das den Institutionen der parlamentarischen Demokratien immanent ist (vgl. Buckel 2017). In Piedras, Ibagué und Cajamarca beziehen sich die Protestakteure, wenn sie für eine *consulta* mobilisieren, auf die in der Verfassung von 1991 und im Partizipations- und Gemeindegesetz von 1994 verankerten Beteiligungsrechte und -instrumente. Der Einsatz eines institutionalisierten Beteiligungsverfahrens bietet den Protestakteuren in Tolima die Möglichkeit, ihre Forderungen nach einem Stopp des Bergbauprojektes mit der Sichtbarmachung von Demokratiedefiziten zu verknüpfen.

Die emanzipatorische Wirkung von Bürger_innenentscheiden gegen Bergbau zeigt sich in Tolima vor allem in ihren hohen Mobilisierungs- und Politisierungspotenzialen. Mit ihrer Initiierung gelingt es, einen Raum der direkten Beteiligung aktiv zu öffnen, politisches Problembewusstsein zu fördern und darüber hinaus neue öffentliche Räume zu schaffen, in denen Gegner_innen die staatliche Bergbaupolitik problematisieren und Forderungen öffentlich formulieren können. Dies war vor 2013 nicht der Fall. Mobilisierungseffekte dieser Art zeigen sich auch dann, wenn die jeweiligen Bergbauvorhaben nicht aufgehoben werden oder die Abstimmung immer wieder ausgesetzt wird. In Ibagué ist es dem lokalen Umweltkomitee mit einer breiten Mobilisierung in Stadtteilorganisationen, Schulen, kirchlichen Gruppen, Eltern-, Kultur- und Sportvereinen

gelungen, ein politisches Bewusstsein für das Bergbauthema in der Gemeinde zu schaffen, obwohl es bislang zu keiner Abstimmung kam. Dass die Abstimmung ausgesetzt wurde, wirkte zunächst mobilisierend. Statt am 30. Oktober 2016 zur Wahl zu gehen, gingen mehrere 1.000 Menschen mit Unterstützung der lokalen Regierung am 28. Oktober in Ibagué auf die Straße, um gegen die Aussetzung zu protestieren. In den Folgemonaten bestimmten Erschöpfung und Brüche in der Allianz zwischen der lokalen Regierung und dem Umweltkomitee die Entwicklungen in Ibagué. Politische Räume können sich auch wieder schließen, wenn das gemeinsame Ziel verloren geht.

Emanzipatorische Wirkungen entfaltete auch die Mobilisierung in Cajamarca, wo es zweimal gelang, trotz einer starken Polarisierung der Bevölkerung zwischen Gegner_innen und Befürworter_innen des Projektes La Colosa eine breite Unterstützung für eine lokale Abstimmung zu Bergbau in der Bevölkerung zu mobilisieren: zunächst im Rahmen der Unterschriftensammlung für die Bürger_inneninitiative und anschließend mit der Mobilisierung für die Abstimmung. Diese Beobachtungen bestätigen die Einschätzung von Birgit Sauer (2002), dass für die politische Bedeutung nicht unbedingt die Abstimmung selbst, sondern der Mobilisierungsprozess im Vorfeld entscheidend ist. Ein Mitglied einer Jugendorganisation, die im Rat zur Förderung des Volksentscheids in Cajamarca vertreten ist, fasst die Bedeutung der *consulta* in der Gemeinde folgendermaßen zusammen: „Die *consulta* ist ein Instrument. Die Abstimmung ist nur ein Moment, sie ist nicht der Anfang und auch nicht das Ende der Welt. Das Wichtige ist, dass die Leute sich beteiligen können [...], sich den Prozess aneignen und sich mit ihm identifizieren. Die Leute lassen sich von einer Sache überzeugen, wenn sie das Gefühl haben, Teil von ihr zu sein.“ (Interview Cajamarca, 8.10.2016) Diese Beobachtungen widerlegen das Argument von Kritiker_innen, demzufolge direktdemokratische Verfahren vor allem selektive Angelegenheiten der Eliten seien. Eine nicht statische, die Verfahrensdynamik betonende Perspektive, wie ich sie hier eingenommen habe, zeigt, dass direktdemokratische Verfahren vom Beginn ihrer Initiierung bis zum Tag der Abstimmung, neue Räume für politische Partizipation öffnen können, wo vorher keine waren.

Direktdemokratische Verfahren besitzen ein transformatorisches Potenzial, sie ermutigen auch marginalisierte Gruppen zur politischen Teilhabe und fördern die Bildung notwendiger Allianzen und damit verbunden veränderte Mehrheitsverhältnisse, ohne die Verschiebungen in Richtung Demokratisierung und Emanzipation nicht möglich wären. In Piedras waren es Dorfbewohner_innen, Landarbeiter_innen und Kleinbäuer_innen, die zunächst die Brücke blockierten und anschließend in Allianz mit den ressourcenstärkeren Reisproduzent_innen die *consulta* auf den Weg brachten. In Cajamarca sind es Kleinbäuer_innen, die im Umweltkomitee gemeinsam mit Mitgliedern von Jugendorganisationen und

unterstützt vom Umweltkomitee aus Ibagué und vielen Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen aus dem gesamten Land für die *consulta* mobilisierten. Direktdemokratische Verfahren sind weder per se sozial selektiv noch „undemokratisch“. In Piedras lag die Wahlbeteiligung deutlicher höher als bei parlamentarischen Wahlen in Kolumbien üblich⁷, in Cajamarca war sie vergleichbar mit anderen Wahlen. Die Beispiele aus Tolima zeigen, dass es gelingen kann, Frauen und Männer unabhängig von Partei- und zum Teil auch Klassenzugehörigkeit zu gemeinsamer politischer Aktivität zu ermutigen.

Nach der Abstimmung in Cajamarca am 26. März 2017 versammelten sich mehrere 100 Menschen unterschiedlichen Alters, Geschlechts und Klassenzugehörigkeit, um gemeinsam den Wahlerfolg zu feiern. Eine der zentralen Aussagen der Beteiligten bei der Abschlusskundgebung war: „Unser Protest kennt keine Parteien, unser Protest hat keine politische Farbe“. In Ibagué mobilisierten Protestakteure und die lokale Regierung lange Zeit gemeinsam für einen Bürger_innenentscheid. Hierüber bildeten sich Allianzen zwischen Protestakteuren und politischen Vertreter_innen des Repräsentativsystems, die dazu beitragen können, die Distanz zwischen Staat und Gesellschaft in liberalen Demokratien zumindest kurzfristig zu reduzieren. In Piedras entstand ein Bündnis zwischen Landarbeiter_innen, Kleinbäuer_innen und Großgrundbesitzern (Reisproduzent_innen), aus dem heraus die Akteure gemeinsam gegen die Errichtung des Rückhaltebeckens für die giftigen Abwässer aus der geplanten Goldförderung protestierten. Solche klassenübergreifenden Allianzen schaffen punktuell Räume für kollektives Handeln jenseits von Klassengegensätzen, allerdings ohne diese aufzuheben.

Hier zeigen sich die Grenzen der emanzipatorischen Wirkung der *consultas* gegen Bergbau. Die Protestakteure schaffen mit den Volksentscheiden Räume für demokratisches und kollektives Handeln, wo vorher keine waren. Das bietet ihnen die Chance, Demokratiedefizite zu thematisieren und politische Teilhabe insgesamt zu erhöhen. Eigentums- und Klassenverhältnisse werden damit jedoch nicht – zumindest nicht direkt – angesprochen. Zu einer umfassenden Demokratisierung des Rohstoffsektors im Sinne einer Ausweitung der Demokratie auf alle Lebensbereiche und einer damit notwendigerweise verbundenen Überwindung kapitalistischer Eigentumsverhältnisse kommt es nicht – jedenfalls nicht unmittelbar. Mit den lokalen Volksabstimmungen hat sich das Konfliktfeld Bergbau in Kolumbien dennoch in Richtung Demokratisierung verändert. Denn bezogen auf Bergbauvorhaben, über deren Realisierung bislang auf nationaler und nicht auf lokaler Ebene entschieden wird, lassen sich lokale Volksabstimmungen als

7 Die Wahlbeteiligung bei Parlaments-, Präsidentschafts- oder Bürgermeister_innenwahlen liegt in Kolumbien meist zwischen 35 und 40 Prozent.

Vetoinstrument gegen die staatliche Bergbaupolitik und Ansatzpunkt für eine Demokratisierung der Rohstoffpolitik verstehen. Lokale Bürger_innenentscheide zu Bergbau haben das Potenzial, die Definitions- und Handlungsmacht nationalstaatlicher Institutionen zu beschränken. Vor diesem Hintergrund sind sie zu einem eigenen Konfliktgegenstand zwischen lokalen Regierungen und sozialen Bewegungen auf der einen und der nationalen, teilweise auch lokalen Regierungen und Unternehmen auf der anderen Seite geworden. Gestritten wird über die Machtverteilung im Staat, etwa zwischen nationalen und lokalen Regierungen, über die Anerkennung verfasster politischer Rechte sowie allgemein über Demokratie in Bezug auf die Nutzung und Aneignung von Natur und Rohstoffen.

Am 27. April 2017 kündigte AngloGold Ashanti an, aufgrund des Widerstands in Cajamarca alle Arbeiten am Projekt La Colosa ruhen zu lassen – so lange, bis auf nationaler Ebene Klarheit über den bergbaupolitischen Kurs des Landes herrsche. Seit der Abstimmung in Cajamarca fanden in Kolumbien weitere Volksabstimmungen gegen Bergbau und Ölförderung statt: Am 4. Juni 2017 stimmten über 50 Prozent der Wahlberechtigten von Cumaral (Provinz Meta) gegen die Förderung von Öl in ihrer Gemeinde, am 8. Juli 2017 stimmten die Bürger_innen in den Gemeinden Pijao (Provinz Quindío) und Arbeláez (Provinz Cundinamarca) gegen Bergbau und Ölförderung in ihren Gemeinden, am 17. September 2017 entschieden sich die Bewohner_innen von Jesús María, am 01. Oktober die von Sucre (beide Provinz Santander) gegen Bergbau in ihren Gemeinden.⁸ In anderen Gemeinden sind Volksabstimmungen zu Bergbau geplant.

Der nationalen Regierung und insbesondere dem Ministerium für Bergbau und Energie sind *consultas* zunehmend ein Dorn im Auge⁹. Die wachsende Zahl an lokalen Volksentscheiden hat dazu geführt, dass in Kolumbien derzeit der Bergbau grundlegend neu verhandelt wird. Seit der *consulta* in Cajamarca im März 2017 hat eine kontroverse Debatte zwischen der Regierung, dem Ministerium für Bergbau, sozialen Bewegungsakteuren und Jurist_innen über die Legalität und Verbindlichkeit von direktdemokratischen Instrumenten mit Bergbaubezug begonnen (Valencia 2017)¹⁰. Nach aktuellem Stand dieser Debatte und ausgehend von den verfassungsmäßigen Bestimmungen lassen sich kommunale Volksentscheide juristisch nicht (mehr) verhindern. Aus diesem Grund ist die Regierung bemüht, den Einsatz von *consultas populares* gesetzlich neu zu reglementieren

8 „El municipio de Sucre, Santander, le dijo No a la explotación minera“ (1.10.2017), „Jesús María (Santander) le dijo No a la minería“ (17.9.2017), „Así explotó el “boom” de las consultas populares“ (27.5.2017), jeweils www.elspectador.com.

9 Interview mit Mitarbeiterin des Ministeriums in Bogotá, 21.3.2017.

10 „Resultados de la consulta en Cumaral no son vinculantes“ (5.6.2017), <http://sostenibilidad.semana.com>.

(vgl. Fußnote 4) und ihre Anwendung mittels verstärkter Repression zu reduzieren. Gewählte Gemeinderatsmitglieder, die *consultas* unterstützen, werden von Behörden oder Parteimitgliedern unter Druck gesetzt. Initiator_innen von *consultas* werden kriminalisiert, bedroht und von Befürworter_innen des Bergbaus öffentlich stigmatisiert. Hieran zeigt sich, dass die Ausweitung demokratischer Bewegungen, sobald sie für die Verwertungsinteressen des Kapitals und die Einnahmeinteressen des Staates gefährlich werden, schnell in autoritäre Tendenzen und Entdemokratisierung umschlagen können.

5. Fazit

Mit der formalen Ausweitung politischer Rechte und der Einführung direktdemokratischer Verfahren in der Phase der doppelten Transformation und danach haben sich in vielen lateinamerikanischen Staaten politisch-institutionelle Rahmenbedingungen herausgebildet, auf die sich soziale Bewegungen heute in Kämpfen gegen Bergbau beziehen. Aus radikaldemokratischer Perspektive wird betont, dass echte Demokratie gegen und ohne den (liberaldemokratisch verfassten) Staat gedacht werden muss (Badiou 2012: 22; vgl. Demirović 2013). In Kolumbien kommt es im Kontext von Bergbaukonflikten derzeit zu demokratischen Verschiebungen in dem sich Protestakteure gegen den Staat wenden und sich gleichzeitig auf ihn beziehen. Hier findet Demokratisierung und politische Selbstbestimmung nicht gegen und ohne, sondern gegen und mit dem liberaldemokratisch verfassten Staat statt. Die in der liberaldemokratischen Verfassung Kolumbiens verankerten formalen politischen Grundrechte demokratischer Beteiligung bilden den Ausgangspunkt dafür, dass sich auch in jenen Bereichen Räume und Formen demokratischer Beteiligung von unten geschaffen werden, die aufgrund der Dominanz der Kapital- und Eliteinteressen im demokratischen Kompromiss repräsentativer Demokratien in der Regel von diesen abgeschottet werden sollen.

In Kolumbien und anderen Ländern Lateinamerikas, deren staatliche Einnahmen mehrheitlich von der Kommodifizierung der Natur abhängen, ist dies derzeit vor allem der Rohstoffsektor. Direktdemokratische Verfahren, die in vielen liberalen Demokratien gesetzlich oder verfassungsmäßig vorgesehen sind, zielen in der Regel nicht darauf, die formalen Prozesse politischer Entscheidungsfindung zu ersetzen oder diese strukturell zu verändern, sondern sie lediglich zu ergänzen. Dennoch bieten Verfahren direkter Demokratie mittels der Ausweitung der Beteiligung an kollektiven Entscheidungen Potenziale zur Überwindung der Grenzen der liberalen Demokratie nach links, d.h. im Sinne einer Belebung der Demokratie und emanzipatorischen Transformation. Dies zeigen die Erfahrungen aus Tolima. Hierfür ist jedoch nicht die formale Verfasstheit der Demokratie

(allein) ausschlaggebend, vielmehr war für die Herausbildung demokratischer Bewegungen und der Ausübung direkterer Formen der Demokratie der Umstand mitverantwortlich, dass die Grundrechte faktisch verweigert und nicht anerkannt wurden. Den Protestakteuren geht es bei der Mobilisierung einer Volksabstimmung vor allem um die Verhinderung von Bergbau in ihrer Gemeinde. Indirekt zielen die Abstimmungen aber auch auf die Öffnung neuer politischer Räume zur kollektiven Selbstbestimmung und Artikulation von ansonsten unsichtbaren gesellschaftlichen Positionen sowie zur Durchsetzung formal verfasster, aber faktisch verwehrt politischer Rechte. Ein Mitglied des Umweltkomitees von Ibagué formuliert es so: „Wir brauchen einen Wandel der repräsentativen Demokratie hin zu einer partizipativen Demokratie. Das sieht schon die Verfassung vor. Aber die Regierenden hat das bisher nicht interessiert. Und wir glauben, dass jetzt der Moment für diesen Wandel gekommen ist“¹¹.

Mit den institutionalisierten Verfahren direkter Demokratie lassen sich zwar bestehende Strukturen und Machtverhältnisse nicht grundlegend verändern und Bergbauprojekte nicht unbedingt verhindern. Allerdings zeigen die Erfahrungen aus Tolima, dass einzelne Strukturelemente wie das Verhältnis zwischen nationaler und lokaler Regierung oder die Frage der Demokratisierung rohstoffpolitischer Entscheidungen durchaus verschoben oder zumindest auf die politische Agenda gesetzt werden können. Mit der Initiierung von Bürger_innenentscheiden schaffen soziale Bewegungen einen Raum der politischen Beteiligung, der von deutlich mehr Menschen zur Artikulation eigener Interessen genutzt werden kann, als es repräsentative Demokratiemodelle erlauben. Darin liegt ihr emanzipatorisches Potenzial.

Literatur

- Abromeit, Heidrun (2003): Nutzen und Risiken direktdemokratischer Instrumente. In: Offe, Claus (Hg.): *Demokratisierung der Demokratie*. Frankfurt/M.: 95-110.
- Acquatella, Jean (2013): Latin America Mining Sector: Review in Current Trends and Prospects. UNECE -IAEA UNFC Workshop, 9-13 July 2013. Santiago de Chile.
- Alvarez, Sonia/Dagnino, Evelina/Escobar, Arturo (2004): Kultur und Politik in sozialen Bewegungen Lateinamerikas. In: Kaltmeier, Olaf u.a. (Hg.): *Neoliberalismus – Autonomie – Widerstand. Soziale Bewegungen in Lateinamerika*. Münster: 29-58.
- AngloGold Ashanti (2015): La Colosa, una oportunidad de oro para el Tolima. URL: http://www.anglogoldashanti.com.co/saladeprensa/Presentaciones/presentacion_lacolosa_2015.pdf, Zugriff: 29.11.2015.
- Arenas, Natalia (2015): Hoy: el día D del oro. URL: <http://lasillavacia.com/historia/hoy-el-dia-d-del-oro-49576>, Zugriff: 28.09.2015.
- Arendt, Hannah (2016): *Über die Revolution*. München.

11 Interview in Ibagué, 7.10.2016.

- Badiou, Alain (2012): Das demokratische Wahrzeichen. In: edition suhrkamp (Hg.): *Demokratie?* Berlin: 13-22.
- Brand, Ulrich/Dietz, Kristina (2014): (Neo-)Extraktivismus als Entwicklungsoption? Zu den aktuellen Dynamiken und Widersprüchen rohstoffbasierter Entwicklung in Lateinamerika. In: *Politische Vierteljahresschrift* Sonderheft 48: 128-165.
- Buckel, Sonja (2017): Dialektik von Kapitalismus und Demokratie. In: Eberl, Oliver/Salomon, David (Hg.): *Perspektiven sozialer Demokratie in der Postdemokratie*. Wiesbaden: 19-41.
- Corte Constitucional de Colombia (2016): *Sentencia T-445/16*. www.corteconstitucional.gov.co/relatoria/2016/t-445-16.htm; Zugriff: 25.8.2017.
- Demirović, Alex (1997): *Demokratie und Herrschaft. Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie*. Münster.
- (2009): Rätedemokratie oder das Ende der Politik. In: *PROKLA* 39(2): 181-206.
- (2013): Multiple Krise, autoritäre Demokratie und radikaldemokratische Erneuerung. In: *PROKLA* 43(2): 193-215.
- Dietz, Kristina (2017): *Direkte Demokratie in Konflikten um Bergbau in Lateinamerika: das Goldminenprojekt La Colosa in Kolumbien*. Berlin, GLOCON Working Paper, Nr. 4.
- /Engels, Bettina (Hg.) (2017): *Contested Extractivism, Society and the State. Struggles over Mining and Land*. London.
- Heußner, Hermann K./Jung, Otmar (Hg.) (2009): *Mehr direkte Demokratie wagen. Volksentscheid und Bürgerentscheid: Geschichte, Praxis, Vorschläge*. München.
- Holland-Cunz, Barbara (1998): Feministische Demokratietheorie. Thesen zu einem Projekt. Opladen.
- Hurtado Mosquera, Jhoan Andrés; Hinestroza Cuesta, Lisneider (2012): La participación democrática en Colombia: un derecho en evolución. In: *Justicia Juris* 12(2): 59-76.
- Macpherson, Crawford Brough (1977): *Demokratietheorie*. München.
- Merkel, Wolfgang (2011): Volksabstimmung: Illusion und Realität. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 44-45: 47-55.
- Möckli, Silvano (1994): Direkte Demokratie. Ein Vergleich der Einrichtungen in der Schweiz und Kalifornien unter Berücksichtigung von Frankreich, Italien, Dänemark, Irland, Österreich, Liechtenstein und Australien. Bern.
- Offe, Claus (Hg.) (2003): *Demokratisierung der Demokratie. Diagnosen und Reformvorschläge*. Frankfurt/M.
- Oppenhäuser, Holger (2013): Demokratische Querfronten? Der neue Rechtspopulismus und die Ambivalenzen der direkten Demokratie. In: *PROKLA* 43(2): 277-295.
- Pateman, Carol (1970): *Participation and Democratic Theory*. Cambridge.
- PAX (2016): *Democracia vale más que el oro. El proyecto minero La Colosa y el derecho ciudadano a la participación*. Utrecht.
- Registraduría Nacional del Estado Civil (2017): Boletín Informativo. Informe de Votación para Consulta Popular Municipal, Cajamarca – Tolima. https://wsp.registraduria.gov.co/atipicas/_BOLETINES/Boletin_CP_10_29022.pdf, Zugriff: 27.03.2017.
- Sauer, Birgit (2002): Demokratie und Geschlecht. Institutionelle Verhältnisse und Verhinderungen. In: Meyer, Thomas/Weil, Reinhard (Hg.): *Die Bürgergesellschaft. Perspektiven für Bürgerbeteiligung und Bürgerkommunikation*. Bonn: 116-138.
- (2009): Direkte Demokratie und feministische Demokratietheorien. Schnittstellen und Problemzonen. In: Heußner, Hermann K./Jung, Otmar (Hg.): *Mehr direkte Demokratie wagen. Volksentscheid und Bürgerentscheid: Geschichte, Praxis, Vorschläge*. München: 55-67.
- Schmidt, Manfred G. (2006): *Demokratietheorien*. Wiesbaden.
- SNL Metals & Mining (2015): *World Exploration Trends 2015*. URL: <http://go.snl.com/rs-spl-global/images/World-Exploration-Trends-WET-Report-2015-English-USletter.pdf>, Zugriff: 30.6.2017.

- Swampa, Maristella (2012): Resource Extractivism and Alternatives: Latin American Perspectives on Development. In: *Journal für Entwicklungspolitik (JEP)* 28(3): 43-73.
- Valencia, León (2017): *La encrucijada que deja la consulta de Cajamarca*. URL: <http://www.pares.com.co/conflictos-asociados-al-desarrollo/la-encrucijada-que-deja-la-consulta-de-cajamarca/>, Zugriff: 10.4.2017.
- Veltmeyer, Henry; Petras, James (Hg.) (2014): *The New Extractivism. A Post-Neoliberal Development Model or Imperialism of the Twenty-First Century?* London.
- Vilmar, Fritz (1973): Strategien der Demokratisierung. Band I: Theorie der Praxis, Band II: Modelle und Kämpfe der Praxis. Darmstadt.
- Wagner, Neelke; Dietz, Kristina (2017): *Mit Bürger_innenentscheiden gegen Bergbau und Fracking*. GLOCON Policy Paper Nr. 2. Berlin: Freie Universität Berlin.
- Walk, Heike (2008): Partizipative Governance. Beteiligungsformen und Beteiligungsrechte im Mehrebenensystem der Klimapolitik. Wiesbaden.
- Walter, Mariana/Urquiza, Leire (2015): Community mining consultations in Latin America (2002-2012): The contested emergence of hybrid institution for participation. In: *Geoforum*, doi:10.1016/j.geoforum.2015.09.007.
- Welp, Yanina (2008): La participación ciudadana en la encrucijada. Los mecanismos de democracia directa en Ecuador, Perú y Argentina. In: *Iconos. Revista de Ciencias Sociales*, 31: 117-130.
- Wolff, Jonas (2012): Demokratie in Bewegung. Neue soziale Bewegungen und die umkämpfte Demokratisierung der Demokratie in Argentinien, Bolivien und Ecuador. In: Burchardt, Hans-Jürgen/Öhlschlager, Rainer (Hg.): *Soziale Bewegungen und Demokratie in Lateinamerika*. Baden-Baden: 77-91.



Foto: Kai Hörstmann

LATEIN AMERIKA
NACHRICHTEN
// Die Monatszeitschrift

Aktuelle Berichte,
Reportagen,
Kommentare und
Interviews zu Politik,
Gesellschaft und
Kultur

**Immer auf dem
Laufenden über das
aktuelle Geschehen in
Lateinamerika**

PROBEABO
// 3 Monate lesen für 10 Euro
// endet automatisch
// solidarisch // kritisch // unabhängig

Lateinamerika Nachrichten
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin
www.lateinamerika-nachrichten.de

MIT POLITIKUM
EINFACH BESSER
INFORMIERT

*Komplexe politische
Themen im einfachen
Zugriff: Renommierte
Experten aus
Wissenschaft und Politik
präsentieren fundierte
und hochaktuelle
Analysen auf prägnante
und verständliche Weise.*

NEU



Noch lieferbar:



Pk3_15



Pk4_15



Pk1_16



Pk2_16



Pk3_16

Fordern Sie jetzt Ihr
Gratis-Probeheft an:
WWW.POLITIKUM.ORG



Pk4_16



Pk1_17



Pk2_17



WOCHE
SCHAU
VERLAG